

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 14

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

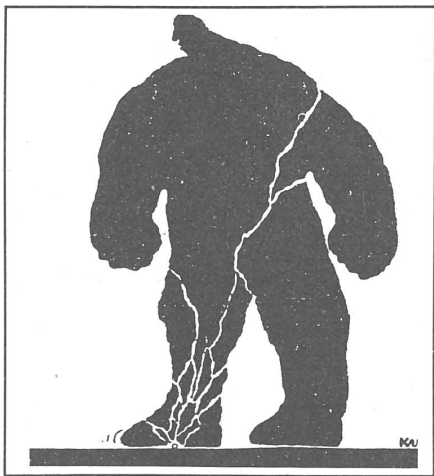
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Streiks im Süden und im Osten sind pars pro toto. Das gleiche Symptom lässt sich bei den Moskauer beobachten, die in ständigen Kleindemonstrationen dem Parteikongress seine Unzuständigkeit für ihre Belange attestieren, ohne sich darum zu kümmern, wer dort genau um welche Positionen ringt. Das alles wird von sowjetischen Zentralmedien noch amplifiziert, die mindestens zum Teil darüber so berichten, als ob sie einverstanden wären, so dass die Abseitsstellung der KPdSU für alle sichtbar wird.

Für alle mit Ausnahme der Kongressdelegierten. Die diskutieren mit grösstem Ernst darüber, wie weit das Reformprogramm der Parteiführung übertrieben sei oder wie weit es im Gegenteil beschleunigt werden müsse. Als ob die Beschleunigungskräfte im Land noch im geringsten auf die Impulse der Parteiführung angewiesen wären. Die Parteimitglieder vertreten die Bevölkerung nicht, und die Parteidelegierten, viele von ihnen Parteifunktionäre mit flagrant ersichtlichem Pöschcheninteresse, vertreten die Parteimitglieder nicht. Diese treten in immer grösseren Mengen aus, zahlen ihre Beiträge nicht mehr oder tun einfach nicht mehr mit. Aktivisten der Partei sind bald nur noch diejenigen, welche darauf aus sind, Konkurrenzparteien zu gründen.

So tagt der Kongress an der Sowjetwirklichkeit zur Hauptsache vorbei, und wenn ein Boris Jelzin warnt, die Partei müsse eine andere werden, wenn sie in den anders gewordenen Verhältnissen überhaupt noch etwas sein wolle, dann spricht er mit dieser Ketzerei eigentlich nur noch eine Banalität aus.

Mit der führenden Rolle der KPdSU ist es im politischen Sinn aus. Dass ihre Apparatschiki zum Teil noch Verfügungsgewalt haben, zum Beispiel über Waffen, ist eine andere Geschichte. Ihrem Sturz können sie damit nicht entgehen, aber noch können sie andere mitreissen. Ob sie es tun oder nicht, das ist, ob sie es wissen oder nicht, ihre Wahl. Und in dieser Hinsicht ist der Parteikongress doch von Belang. ■



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 25/1990

LIEBE LESER

In seinem Bericht über die mehrfache polnische Krise befasst sich Bohdan Gorski auf Seite 7 kritisch unter anderm mit der Tatsache, dass in der Regierung immer noch Figuren wie Innenminister Czeslaw Kiszczak und andere Verantwortliche des früheren Regimes sassen. Inzwischen ist die Korrektur vorgenommen worden. Mazowiecki hat die betreffenden Leute entlassen und Solidarnosc-Vertreter nachrücken lassen. Das ist eine Massnahme im Sinn der Forderungen von Lech Walesa.

Auch wirtschaftspolitisch hat Mazowiecki wenigstens annäherungsweise eine Kurskorrektur angekündigt, indem er für die kommenden Monate eine angebotsorientierte Politik ankündigte. Auch damit werden, wie wohl nur teilweise, die in unserm Bericht aufgelisteten Beanstandungen berücksichtigt, die von oppositioneller Solidarnosc-Seite herrühren und zeigen, in welche Zwickmühle die Gewerkschaft geraten ist, die sozusagen das Gegengewicht zu der von ihr gestellten Regierung bilden muss.

Endlich haben Walesa und Mazowiecki ein langes Gespräch miteinander geführt, was die unmittelbare Lage entschärft hat. Die Umstellungskrise insgesamt ist damit noch nicht behoben, in Polen so wenig wie in andern osteuropäischen Ländern, bei denen überdies die sozialistisch angemachte und maximal dimensionierte ökologische Katastrophe sozusagen überall weitergeht (siehe letzte Nummer). Etwas helfen können hier westliche Kreditgeber dadurch, dass sie die Gesamtlage berücksichtigen und ihre Auflagen nicht nur von finanziellen Gesundungsprogrammen abhängig machen, die sich ohnehin nicht nach den Sanierungsrezepten durchführen lassen, die im Westen ihre Gültigkeit haben mögen.

Was in Osteuropa auch bei den Nachzögern nicht mehr drin liegt, ist eine Weiterführung des sozialistischen Reform- und Demokratisierungsprozesses unter Vermeidung eines konsequenten Systemwechsels. In Bulgarien hatte die erneuerte Partei zwar die Wahlen gewonnen (mit welchen lauterer oder unlauteren Methoden auch immer), konnte sich aber damit gegen die aufbegehrende Jugend und Intelligenzia keine Ruhe erkaufen. Jetzt musste der Staatspräsident Petar Mladenov zurücktreten, der letztes Jahr Todor Schiwkov abgelöst und die Umwandlung der Kommunisten zu Sozialisten eingeleitet hatte. Natürlich ist der Unterschied etwa zwischen der Tschechoslowakei und Bulgarien enorm und wird durch die Neufindung der Nationen noch gesteigert, aber er ist nicht von der Art, dass von ihm noch Überlebenschancen für das gehabte System

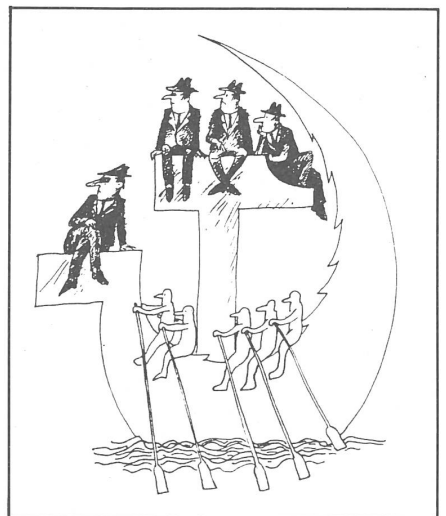
abhängen könnten. Die Alternative kommt überall anders, aber sie kommt überall.

In Jugoslawien geht die Systemkrise mit dem Auseinanderbrechen der Föderation einher. Dort führen sich Kroatien und Slowenien bereits wie unabhängige Staaten auf und haben im Unterschied zum kommunistisch geführten Serbien bereits die pluralistische Ordnung eingeführt und durch freie Wahlen bestätigen lassen, welche die KP in die Minorität versetzten. Die neueste Souveränitätserklärung Sloweniens ist übrigens vom baltischen Exempel inspiriert, hat aber, weil das Grössenverhältnis ganz anders ist, das Gewicht der Durchsetzbarkeit von Anfang an.

Zwischen Serbien und seiner Provinz Kosovo ist die Krise noch grösser als zuvor. Kosovo hat sich zur jugoslawischen Teilrepublik ausgerufen, was Belgrad selbstverständlich nicht anerkennt. Vielmehr aberkennt es im Gegenzug der Provinz noch jene autonomen Rechte, die ihr zugestanden waren, so dass die Positionen immer weiter auseinanderklaffen. Mit Polizeigewalt setzt Belgrad im Moment noch seine Auffassung durch, aber das hält nicht lange hin. Um so weniger, als in Serbien selbst das gesellschaftliche Aufbegehren gegen die Parteidiktatur wieder stärker wird. Die Kommunisten hatten das durch einen militant nationalen Kurs nicht ohne Erfolg zuzudecken versucht, aber das kompakte Bild trägt.

Kosovo wird mehrheitlich von Albanern bewohnt, und der benachbarte Staat Albanien, ein altkommunistisches Gebilde mit verspätet angekündigten Reformen, lässt die gleichen Symptome erkennen wie vor knapp einem Jahr die DDR. Wenn das so weitergeht, wird bald die Vereinigung der Albaner hüben und drüben zum echten Traktandum. Bevor das gemeinsame Haus Europa zur Einweihung kommt, wird noch die Wohnungszuteilung neu ausgehandelt.

Christian Brügger



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 25/1990